

Vertraulich !

Kabinettsprotokoll Nr. 230

vom 25. Oktober 1920

Anwesend:

Sämtliche Kabinettsmitglieder (und zwar die Staatssekretäre Dr. Mayr, Breisky, Haueis, Heinl, Dr. Pesta Dr. Reisch, Dr. Roller und Sektionschef Dr. Grünberger); ferner die Unterstaatssekretäre Miklas und Dr. Resch.

Vorsitz: Staatssekretär Dr. Mayr.

Dauer: 17.00 – 19.00.

*Reinschrift (4 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift (zweifach)**Keine Beilagen*

I n h a l t:

Aussprache über das nächste Arbeitsprogramm der Staatsregierung.

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Kabinettsrates in dessen neuer Zusammensetzung. Redner gibt sodann eine Darstellung seiner mit dem Präsidenten der Nationalversammlung geführten Verhandlungen, welche der Besetzung der durch das Ausscheiden der sozialdemokratischen Mitglieder der Staatsregierung erledigten Ressorts vorangegangen sind. Wie bereits bekannt, sei die Führung des Staatsamtes für Heerwesen dem Staatssekretär Breisky, des Staatsamtes für soziale Verwaltung dem Staatssekretär Heinl und des Staatsamtes für Äußeres dem Vorsitzenden übertragen worden. Eine Übernahme der freigewordenen Ressorts durch Unterstaatssekretäre sei verfassungsrechtlich untunlich gewesen, Redner begrüße es auch, dass das Verbleiben des Staatssekretärs Dr. Roller im Kabinett möglich geworden sei.

Staatssekretär Heinl verweist darauf, dass die offizielle Verlautbarung der Demission der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder nicht klar erkennen lasse, ob der vormalige

Staatssekretär Dr. E l l e n b o g e n auch in seiner Eigenschaft als Präsident der Staatskommission für Sozialisierung zurückgetreten sei. Als Vizepräsident dieser Kommission habe er naturgemäß ein Interesse an der ehesten Klarstellung dieser Frage.

Hiezu bemerkt der V o r s i t z e n d e, dass nach einer ihm im kurzen Wege zugekommenen Mitteilung Dr. E l l e n b o g e n's, dessen Demission als Staatssekretär zugleich auch die Resignation auf die Stelle des Präsidenten der Sozialisierungskommission in sich geschlossen habe.

Der Kabinettsrat nimmt die Mitteilungen des Vorsitzenden zur Kenntnis.

Über Anregung des Unterstaatssekretärs M i k l a s wendet sich der Kabinettsrat sodann der Beratung des Arbeitsprogrammes der Staatsregierung bis zum Zeitpunkte des Zusammentrittes des Nationalrates (10. November d. J.) zu, an welchem Tage die gegenwärtigen Kabinettsmitglieder ihre Stellen zur Verfügung zu stellen haben werden.

In der sich hierüber entwickelnden Debatte, an welcher sich sämtliche Kabinettsmitglieder beteiligten, nahm die Frage der noch schwebenden Verhandlungen mit der Reparationskommission über die Getreideversorgung für die zwei ersten Monate des kommenden Jahres einen breiten Raum ein. Im Rahmen dieser Erörterung erstatten Staatssekretär Dr. R e i s c h und Sektionschef Dr. G r ü n b e r g e r eingehende Berichte über ihre einschlägigen Besprechungen mit Sir William G o o d e. Die bezüglichen Mitteilungen tragen vertraulichen Charakter.

In diesem Zusammenhange entspinnt sich auch eine längere Aussprache über die grundlegende Frage, in welcher Weise für die nächste Zukunft – den Forderungen der Reparationskommission Rechnung tragend – eine nachhaltige Förderung der Produktivinteressen Platz greifen sollte. Hierbei betont Staatssekretär H a u e i s nachdrücklichst, dass derartige Maßnahmen zweifellos geeignet wären, die Getreideablieferung günstig zu beeinflussen. In erster Linie würde es sich um eine Verbilligungsaktion für die Einfuhr von Schweizer Zuchtvieh sowie für die Beschaffung von Kunstdünger handeln.

Der V o r s i t z e n d e richtet in dieser Hinsicht einen Appell an den Staatssekretär für Finanzen, dieser ungemein wichtigen Frage sein besonderes, Augenmerk zuzuwenden.

Gleichzeitig ladet der Kabinettsrat die Staatssekretäre für Land- und Forstwirtschaft, für Inneres und Unterricht sowie den Leiter des Staatsamtes für Volksernährung ein, bei sich darbietender Gelegenheit auf die maßgebenden Faktoren in geeigneter Weise einzuwirken, damit in der Ablieferung des Getreides keine Verzögerung eintrete. Nach Einlangen einer

demnächst im Gegenstande zu gewärtigenden Note der Reparationskommission wird in diesem Belange auch im Wege der Presse das Nötige zu veranlassen sein.

Staatssekretär Dr. R e i s c h gibt sodann eine Darstellung darüber, in welcher Weise die Finanzverwaltung an die Beschaffung der für die nächsten ausländischen Getreideaufkäufe – und zwar vor der Einräumung diesfälliger Ententekredite – erforderlichen Beträge zu schreiten gedenke.

Schließlich genehmigt der Kabinettsrat einen Antrag des Unterstaatssekretärs M i k l a s, wonach das Staatsamt für Finanzen beauftragt wird, eine ziffermäßige Gegenüberstellung zu liefern, der zu entnehmen wäre, welche Summe eine produktionsfördernde Finanzpolitik im Vergleiche zu den neuen Anforderungen auf der Konsumentenseite erfordern würde.

Der V o r s i t z e n d e schließt die Sitzung mit der Ankündigung, dass er auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Kabinettsrates die Frage der Einschränkung der von öffentlichen Stellen bisher verwendeten Dienstaufomobile sowie der Beteiligung aktiver Staatsbeamter an der Verwaltung gemischtwirtschaftlicher Erwerbsunternehmungen zu stellen beabsichtige.

[KRP 230, 25. Oktober 1920, Stenogramm Fenz]

230., 25. /X.

[Mayr]: ~~Entsprechend einem der letzten~~ -
Hofrat Glanz, Titel eines Sektionschefs.
Loebenstein, ernannt zum Sektionschef.

[Mayr]: Besprechung über die letzten politischen Vorgänge. Teilt mit, daß die Staatssekretäre der sozialdemokratischen Partei aufgrund eines Beschlusses einer Parteikonferenz demissioniert und ~~die Weiterführung ihrer Agenden nicht mehr weiter~~ - die Erklärung abgegeben haben, daß sie eine [Betrachtung mit der] Weiterführung der Geschäfte nicht mehr annehmen können.

Seitz und ich [sind] zur einhelligen Auffassung gelangt, vorläufig bis zum Zusammentritt des Hauptausschusses, der am Freitag stattfinden wird, die frei gewordenen Ämter unter die Staatssekretäre aufzuteilen. Der Hauptausschuß wird Gelegenheit haben, sich dazu zu äußern, ob bis zum Zusammentritt des Nationalrates und bis zur Wahl einer neuen Regierung durch diesen diese vorläufige Bestellung bestätigt oder geändert wird.

Ich habe den Vorschlag gemacht Breisky - Heeresamt, Heintl - soziale Verwaltung, Mayr - Äußeres. Es wäre mir lieber gewesen, wenn die Unterstaatssekretäre es übernommen hätten, aber [das ist] verfassungsrechtlich nicht möglich. Ich habe mit großer Freude zur Kenntnis genommen, daß Roller kein Hindernis gefunden hat, sein Ressort weiterzuleiten.

[Ich ersuche um eine] Aussprache, wie die Herren die Situation auffassen. [Ich] weise hin auf die Ziffern des Budgets, [dies ist der] erste und wichtigste Meilenstein für jede weitere Tätigkeit einer Regierung.

Heintl: Ellenbogen hat resigniert als Staatssekretär. Diese Eigenschaft hat er als Präsident der Sozialisierungskommission. Er hat als Staatssekretär resigniert, aber nicht als Präsident. Das halte ich nun nicht für möglich. Ich möchte bitten, daß dieser Fall aufgeklärt wird, weil ich als Obmannstellvertreter die Geschäfte führe. [Ich] bitte, daß Mayr die entsprechenden Verfügungen trifft.

Mayr: Nach der Note der Präsidentschaftskanzlei ist es zweifelhaft geblieben, ob E.[llenbogen] nicht auch als Präsident resigniert hat. Die St.[aats]-K.[ommission] /-Kanzlei] war der Meinung, daß er noch Präsident [ist]. Ellenbogen hat erklärt, daß er selbst und auch seine Partei der Ansicht ist, daß er als Präsident demissioniert hat.

Miklas: Es wäre angezeigt, daß diese Mandatsniederlegung in der Sozialisierungskommission irgendwie dem Präs[identen] der Nationalversammlung zur Kenntnis gebracht wird und eine Korrektur der Zuschrift des Präs[identen] erfolgt.

Heintl: -.

Resch: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß E.[llenbogen] als Staatssekretär -.

Miklas: Arbeitsprogramm bis 10. [November].

Beschlußantrag: Der Leiter des Kabinetts sollte schon heute für den 10. [November] die Demission des gesamten Kabinetts an[kündigen]: ~~Wir betrachten uns damit als in statu demissionis~~ -.

Mayr: Wir müssen Rücksicht nehmen auf die Wirkung nach außen. Wenn wir schon jetzt allzu früh die Demission ankündigen, könnte die Öffentlichkeit beunruhigt sein.

Miklas: Es würde genügen, in einem Com.[munique] -.

Roller: Der § 26 des Übergangsgesetzes setzt fest, daß die jetzige Regierung

zusammenzubleiben hat bis zum Zusammentritt des Nationalrates. ~~Wir könnten~~
höchstens -.

Breisky: Müßte nicht in der ersten Sitzung der Präsident der Nationalversammlung die Demission mitteilen?

Mayr: [Es] wäre unklug, [das] jetzt schon anzukündigen. Auch müssen wir abwarten, was der Hauptausschuß am Freitag über die bisherige Umbildung zu sagen hat.

Roller: Frage, ob wahr ist, daß eine ausgiebige Anleihe der Ent.[nte] für Deutschösterreich bevorsteht?

Grünberger: -.

Reisch: Diese Nachrichten betreffen nur den Plan, der in der Reparations-Commission zur Diskussion steht, [daß man] uns für die nächsten 5-6 Jahre mit Lebensmittelkrediten gewähren will. Es ~~sind~~ - handelt sich vorläufig um Anträge innerhalb der Reparations-Commission, die wenn sie in Paris genehmigt werden, dann den all.[iierten] und ass.[oziierten] Regierungen mitgeteilt werden. Wir dürfen noch nicht heute damit rechnen, daß wir die Kredite auch tatsächlich bekommen. Jedenfalls wird die Entscheidung noch zwei Monate auf sich warten lassen.

Wir haben Goode gesagt, daß wir nicht so lange warten können und um Mittel und Wege bitten, daß wir schon [...] früher das Getreide kaufen können, weil wir Ende Dezember schon kein Getreide mehr haben.

[In dieser Richtung werden wir eine] Note an die Reparations-Commission [richten] wegen der Verpfändung von Gobelins [und] der ausländischen Wertpapiere. Es ist in Aussicht genommen, daß uns das gestattet wird.

Grünberger: Zu Roller: Die Publikation in der Zeitung ist eine Indiskretion. Es ist nämlich der Antrag, den Goode dem Plenum der österreichischen Sektion der Reparations-Commission gestellt hat.

Die Reparations-Commission wird bei künftigen Krediten die striktesten Bedingungen stellen wegen Weißbrot etc.

Reisch: Insbesondere bekämpft Goode unser System der Maximalpreise des Getreides. Er fordert so wie in England Minimalpreise. So, daß man dem Bauern einen Minimalpreis ~~eingreift~~ - anpreist, damit er abliefert. [Dies ist ein] tiefgreifender [Eingriff] in die innere Politik [durch] die Hebung auf den Weltmarktpreis.

Grünberger: Da werden strikteste Beweise von uns verlangt werden.

Roller: Haueis hat vor einigen Wochen einen Aufruf an die Bauernschaft ergehen lassen, damit die Bauern abliefern. In einzelnen Ländern haben die Landesvertretungen (Oberösterreich) den Einkauf in die Hand genommen. Vielleicht sollte man den Aufruf erneuern.

Haueis: Die Ablieferung war in den verschiedenen Ländern sehr verschieden. In Oberösterreich [hat sie] sehr gut eingesetzt, sogar mehr als im Vorjahr. Man könnte sagen, daraus ersieht man, daß dort, wo die Landesregierung mithilft das Gesetz zum Durchbruch zu bringen, dort geht es. In Niederösterreich hat die Aufbringung sehr stark versagt gegenüber dem Vorjahr.

Um die Rückstände hereinzubringen, so müßte man durch die Abgeordneten auf die Bevölkerung einwirken, daß sie ihrer Pflicht genüge leisten. Man kann auch auf die Haltung der Reparations-Commission hinweisen, daß wir werden vom Ausland versorgt werden, wenn die Inlandsernte abgeliefert wird. Man müßte den Ablieferungspflichtigen Landwirten Begünstigungen geben - billigen Kunstdünger, Eisenbahnschienen. Mit Gewalt ist nichts zu machen.

Daß der Rückstand größer ist als im Vorjahr, ist auch auf das Wetter zurückzuführen. Das gute Wetter wurde zu landwirtschaftlichen Arbeiten im Freien

benützt. Ich glaube, daß sobald die Feldarbeiten beendet sind, die Leute dreschen und abliefern werden.

Ich werde den Anlaß eines Zusammentretens der bäuerlichen Abgeordneten benutzen, [um Einfluß zu nehmen], damit sie einwirken.

Mayr: Man sollte vom Kabinettsrat aus noch weiter gehen. Ich meine, daß das Kabinett die Verpflichtung hat, führend voran zu gehen. Gegenüber -.

Die zuständigen Staatssekretäre sollen beauftragt werden (Landwirtschaft, Volksernährung und Inneres), mit allen Kräften dahin zu wirken, die Ablieferung durchzusetzen - nicht mit Gewalt.

Die Aktivität der Regierung soll auch zu Tage treten nach außen durch [eine] Veröffentlichung.

Grünberger: Ein unmittelbarer Anlaß wird geboten sein durch die Antwort der Reparations-Commission auf meinen Brief wegen der 60[.000] Tonnen. Dann soll man die Sache mit Vorsicht veröffentlichen.

Haueis: Man sollte vorläufig noch warten.

Mayr: Vielleicht wenn die Antwort da ist.

[Beschluß]: Einverstanden, wenn die Antwort kommt.

Reisch: Beschaffung der Zahlungsmittel.

Wir haben [einen] Brief an die Reparations-Commission in Vorbereitung, worin wir bitten, die verpfändeten Kunstgegenstände freizugeben und die ausländischen Wertpapiere. Es fragt sich dann, ob man auch einen Geldgeber finden [wird]. Die Geldgeber verlangen immer den Verkauf. Wir wollen auf der anderen Seite den Verkauf der Kunstgegenstände verhüten, weil wir uns den Markt verschlechtern und zweitens, weil wir immer noch hoffen, durch die Kredite die Kunstgegenstände wieder einzulösen.

Wir stehen wieder vor einer ernsten Situation. Wir dürfen keinerlei Zeit versäumen.

Mayr: Reisch wird gebeten, das Möglichste zu tun im Interesse der Bevölkerung.

Von Seite des Staatsamtes für Finanzen sollte der landwirtschaftlichen Bevölkerung entgegen gekommen werden wegen des Ankaufs von Düngemitteln.

Haueis: Ein solches Beruhigungsmittel ist notwendig. [Es bestand die Absicht, aus einem] 500.000 F[ranken] Kredit in der Schweiz, der in fünf Jahren zu zahlen ist, [Stiere anzukaufen]. 5.000 F[ranken] [kostete] ein Zuchtstier = 250.000 Kronen heute. Die Verbilligung von Vieh [wurde] abgelehnt.

Der Kunstdünger [ist] unbedingt notwendig. Man hat an das Staatsamt für Finanzen das Ersuchen gerichtet um 5 Millionen Kredit, damit der Kunstdünger billiger abgegeben werden kann. [Das wurde] nicht bewilligt. Dadurch wandert der Kunstdünger ins Ausland. Auf der anderen Seite hat uns England Kunstdünger angeboten.

Ich bitte Reisch dringend, daß er in dieser Hinsicht weit mehr Entgegenkommen walten läßt gegenüber der Landwirtschaft als bisher.

Roller: Ich begrüße, daß zum ersten Mal im Kabinett eine derartige Debatte angestimmt wird.

Kann man nicht den Strebersdorfer Kunstdünger mobilisieren?

Reisch: Bezüglich der Düngemittel kann man dem Staatsamt für Finanzen keine Vorwürfe machen. Wir haben voriges Jahr 50 Millionen F.[ranken] aufgebracht dafür. Als das Düngemittel aus Algerien da war, hat das Programm nicht durchgeführt werden können. Die Ackerbautreibenden haben sich geweigert, den auf die Hälfte verbilligten Dünger anzunehmen.

Die Finanzverwaltung ist nicht in der Lage, Geschenke zu machen. Wenn wir 20 Stiere nach Österreich bringen und sie zum verbilligten Preis hergeben - wer soll beschenkt werden? Es wäre [eine] willkürliche Begünstigung einzelner.

Ad Ammoniak: Wir hätten der Gemeinde Wien - 5-6 Millionen Fabrikinvestition der Gemeinde Wien zahlen müssen.

Haueis: Ich mache aber doch darauf aufmerksam, daß man mir erklärt hat, daß man bei einem Getreidepreis von 1.000 Kronen per 100 Kilogramm Getreide 300 Kronen der Preis des Superphosphat wäre. Er ist aber 800 Kronen. Das kann der Bauer nicht zahlen, weil er dann keinen Ertrag hat.

Wenn man die Bauern zur Ablieferung bringen will, eventuell durch [einen] ermäßigten Kunstdüngerpreis, so muß dieser Preis im Verhältnis zum Ablieferungspreis für das Getreide sein.

Breisky: Die Enttäuschung bezüglich des Düngers [ist] vielleicht darauf zurückzuführen, daß kein Einvernehmen vorher mit der Landwirtschaft gepflogen wurde.

Grünberger: Bezüglich der Kredite aller jener Dinge, die wir auf Kredit bekommen, hat sich das Staatsamt für Finanzen immer auf den Standpunkt gestellt, daß die Sachen immer [nur] zum Tageskurs ausgegeben werden dürfen. Unbedingt müssen die Sachen, insbesondere für die Landwirtschaft, verbilligt abgegeben werden.

Roller: Die Extensivität der [Land]wirtschaft nimmt - [greift] fürchterlich um sich. Das kann man aber im Handumdrehen nicht ändern. Aber die Fleischproduktion könnte man heben. Diese Ausgaben, die nicht ins Horrende gehen wie zum Beispiel der Ankauf von Zuchtvieh, sollten vom Staatsamt für Finanzen gefördert werden.

Haueis: Wenn Minimalpreise in Aussicht gestellt werden, so wird das eine gute Wirkung haben. Denn der Bauer wird nicht mehr das anbauen, was er braucht, sondern was sich am besten bezahlt macht. Wenn wir mehr produzieren, wird auch unsere Krone sich heben.

Grünberger: -.

Reisch: ~~Wenn wir~~ - Ich kann nicht Produzenten und Consumenten auf Staatskosten fördern. Wenn ich 60 Kronen auf die Kondensmilch darauf zahle, kann ich nicht auch ¼ Million auf den Stier darauf zahlen.

Heinl: Bei der Produktionsförderung habe ich die Sicherheit, daß ich wieder was hereinbekomme. Bei der Consumtionspolitik ist es à fonds perdu.

Mayr: [Das Staatsamt für] Finanzen soll [diesen Fragen eine] besondere Aufmerksamkeit zuwenden. [Bei] den Stieren aus der Schweiz und den Düngemitteln [wäre] Entgegenkommen zu beweisen.

Miklas: Es ist auch eine wichtige staatsfinanzielle Frage die Unabhängigkeit vom Ausland. [Ich] bitte um [eine] ziffernmäßige Gegenüberstellung: Welche Summen würde eine produktionsfördernde Finanzpolitik ausmachen im Gehalt gegen die neuen Anforderungen auf Seite der Consumenten?

Vielleicht würden wir [damit] auf weite Sicht doch besser fahren. Die große Gefahr würden allerdings die sozialen Folgen haben.

Reisch: Das ist der springende Punkt. Durch die konsumativ unterstützende Politik ist unsere Val.[uta] so bedrückt, da ich sie [nicht] noch belasten kann für [eine] produktive Politik.

Mayr: Eine großzügige Produktionspolitik kann man nicht jetzt machen. Da sind wir auf das Ausland angewiesen, da müssen die Kredite vom Ausland vorliegen. Aber in den kleinen Sachen, Stiere, Kunstdünger [wäre es möglich].

Grünberger: Verhandlungen im Volksernährungsamt mit dem Staatsamt für Finanzen wegen der Tilgung des Defizits beim Brotpreis. Ausscheidung -.

Mayr: Bittet dringend den Finanzminister Entgegenkommen zu zeigen.

[Mayr]: Dienstautos.

Reisch: [Ich] werde berichten.

*[Mayr]: Teilnahme aktiver Staatsbeamter an Erwerbsunternehmungen - Bekleidungs AG.
Heinl: Der Val.[aluta]-Referent des Staatsamtes für Finanzen sitzt als Verwaltungsrat in der Bekleidungs AG.*

Wir müssen eine Richtlinie hinausgeben, an welchen Unternehmungen sich der Staat beteiligen soll. [Meiner Meinung nach] prinzipiell nur an solchen Unternehmungen, wo der Artikel eine Art Monopol darstellt, wo er ein Interesse hat.

Ich werde in dieser Frage einen Antrag stellen.

Reisch: Ich habe sehr bedauert, daß diese Frage so viele Staub aufgewirbelt hat und vom Staatsamt für Handel einseitig gelöst wurde; zumal [anlässlich] der Entsendung R[...] in die Kohlengesellschaft der Kabinettsrat sich über die Entlohnung von Staatsangestellten befaßt hat.

Bisher war die Tendenz, daß sich der Staat beteiligt. Daher auch Beamte. [Eine] Inkompatibilität liegt meiner Ansicht nach nicht vor.

Resch: -.

Mayr: Es handelt sich um eine Revision der Richtlinien aufgrund der jüngsten Erfahrungen.

Heinl: Eine Regelung ist nicht erfolgt. Soweit das Staatsamt für Handel in Frage kommt, werde ich eine Regelung durchführen. Die Frage selbst muß natürlich einheitlich geregelt werden. Richtlinien müssen ausgearbeitet werden, inwiefern sich der Staat an derartigen Unternehmungen beteiligt.

Grünberger: In meinem Amt ist das Höchste erreicht in der landwirtschaftlichen Verkehrsstelle, aus allen Staatsämtern die höchsten Funktionäre.

Es müßte prinzipiell entschieden werden, ob von der Dienstpragmatik Umgang zu nehmen ist oder nicht.

Reisch: Die Dienstpragmatik besagt nur, daß Staatsbeamte nicht Verwaltungsräte in Erwerbsunternehmungen sein dürfen, außer wenn der Staat ein Interesse hat. Es handelt sich bei allen diesen Unternehmungen um Unternehmungen, wo der Staat sehr beteiligt ist. Und dort muß er auch durch seine Organe und zwar durch die sachlich befaßten Organe [sich] die Gewißheit beschaffen, ob seine Interessen richtig vertreten werden.

Mayr: Vielleicht wäre die Möglichkeit, daß der Staat nicht seine eigenen Organe entsendet, sondern Vertrauensmänner.

Miklas: Wenn man das Prinzip aufgestellt hat, daß der Staat sich beteiligt, so muß er auch entsprechend vertreten sein. Aber das Gefährliche ist, daß in einer Person zwischen staatshoheitlichen Funktionen und privatwirtschaftlichen Interessen eine [...] entsteht. Ebenso - es müßten - diejenigen Unternehmungen, an denen sich der Staat zu beteiligen hat, [wären] abzustecken und auch mit aller Rigorosität die Funktionäre ausgesucht werden.

[Grünberger]: Zu dieser Debatte hätte jedes Staatsamt eine Tabelle der Funktionäre, die jetzt vertreten [mitzubringen].

¾ 7 Uhr.

[Nächste Sitzung]: Freitag, 3 Uhr.

[KRP 230, 25. Oktober 1920, unbekannter Stenograph]

230., 25. /10.

Mayr: Bevor wir auf den Gegenstand eingehen, möchte ich die Mitteilung machen, daß

entsprechend - Hofrat Glanz vom Präsidenten nunmehr zum Sektionschef ernannt worden ist und daß auch Loebenstein zum Sektionschef ernannt worden ist.

[Mayr]: Ich habe [den Kabinettsrat] einberufen zu einer kurzen Besprechung über die letzten politischen Vorgänge. [Ich möchte] die Mitteilung machen, daß die sozialdemokratischen Staatssekretäre aufgrund [eines] Beschlusses [einer] Parteikonferenz demissioniert haben [und] die Erklärung abgegeben [haben], daß sie eine prov[isorische] Weiterbetrauung auch nicht annehmen könnten.

[Seitz und ich haben] die Frage erörtert, wie vorzusorgen wäre für die freien Ressorts. [Wir sind zur Auffassung gelangt], bis zum Zusammentritt des Hauptausschusses (Freitag) die frei gewordenen Ämter aufzuteilen. Bis zur Wahl einer neuen Regierung durch den Nationalrat wird der Hauptausschuß [diese Bestellung] bestätigen oder nicht.

[Bestellt werden] Breisky, Heintl und Mayr. Es wäre mir lieber gewesen, wenn die Unterstaatssekretäre [es] hätten übernehmen können, aber das ist verfassungsrechtlich nicht möglich. Dr. Roller [hat] kein Hindernis gefunden, [sein Ressort weiterzuleiten]. [Ich] habe das mit großer Freude entnommen.

Heintl: Dr. Ellenbogen hat als Staatssekretär resigniert. In einem Akt Das ist nicht möglich. Als Obmannstellvertreter hätte ich die Geschäfte zu übernehmen.

Mayr: Nach dem Wortlaut der Note, welche der Präsident hierher gerichtet hat, es zweifelhaft sein kann, ob Ellenbogen nicht auch als Präsident sein Amt niedergelegt hat. Ellenbogen hat erklärt, daß er selber und seine Partei der Ansicht seien, daß er sein Amt niedergelegt hat.

Miklas: Es wäre notwendig, daß das dem Präsidenten bekannt gegeben wird.

Resch: -.

Roller: -.

Miklas: Arbeitsprogramm.

[Wir sollten] die Demission für den 10. [November] schon heute ankündigen. ~~[Wir] betrachten uns heute -.~~

Roller: § 26 des Übergangsgesetzes -.

Breisky: -.

Mayr: Wir müssen abwarten, was der Hauptausschuß am Freitag über die bisherige Umbildung der Regierung sagen wird.

Was hält aber die Regierung für die dringendsten Aufgaben? Da kommen die wirtschaftlichen Fragen -.

Roller: Ob die Frage - die [Meldungen über den] 60 Millionen-Dollar-Kredit richtig sind.

Grünberger: -.

Reisch: Diese Nachrichten aus den Zeitungen betreffen nur den Plan, der in der Reparations-Commission zur Diskussion steht, daß wir für die nächsten 4-5 Jahre mit Lebensmittel[krediten] ... 250 Millionen. [Es] sind nur Anträge, die zunächst von den einzelnen Mitgliedern gestellt und in der Kommission erörtert werden. Dann werden sie erst den verschiedenen Regierungen unterbreitet (mindestens zwei Monate).

Detailliert seine Verhandlungen mit Goode.

~~In dieser Richtung~~ -. Wegen der Sistierung der Verpfändung der Gobelins und der ausländischen Wertpapiere wird an die Kommission herangetreten werden.

Grünberger: Ich habe unmittelbar nach der Unterredung [mit] Reisch die Angelegenheit zu Papier gebracht. Diese Publ[ikation] in den Zeitungen ist zweifellos eine Indiskretion, aus dem Memorandum Goodes an die Öffentlichkeit gebracht.

Eine offizielle Kreditgewähr[ung] wird abhängig gemacht von [...] Vorschriften wegen Weiß[...], Aufbringen der nächsten Ernte.

Reisch: Insbesondere bekämpft G[oode] das System der Maximalpreise und fordert das System des Minimalpreises, daß wir den Bauern einen angemessenen Preis garantieren und sie veranlassen, möglichst viel zu fordern. [Dies] greift viel in die innere Politik ein (Angleichung an die Weltmarktpreise).

Roller: Haueis hat [einen] Aufruf an die Bauernschaft ergehen lassen vor einigen Wochen zur Ablieferung des Getreides.

Haueis: Die Ablieferung war in den verschiedenen Ländern eine verschiedene. Oberösterreich am Anfang -. In Niederösterreich hat die Aufbringung sehr stark versagt, vielleicht hat auch die Landesregierung etwas versagt.

Die Hereinbringung der Rückstände aber wird vielleicht möglich sein durch [eine] Einwirkung auf die Bevölkerung seitens der Abgeordneten. In vielen Fällen wird man zum Ziel kommen, wenn man den Landwirten auch andere Vorteile einräumt (Kunstdünger billiger abgibt); vielleicht auch durch die Abgabe von Eisenbahnschienen.

Die bäuerlichen Abgeordneten werden [eine] Besprechung abhalten und da werde ich Einfluß nehmen.

Mayr: Man könnte vielleicht noch weiter gehen. Wir sind von der Reparations-Commission abhängig, wir sollten dabei führend vorgehen.

[Ich] hätte gar nichts dagegen, [einen] Beschluß [zu fassen, daß] die zuständigen Staatssekretäre (Landwirtschaft und Volksernährung und Inneres), [beauftragt werden], mit allen Kräften dahin zu wirken, die Ablieferung durchzusetzen.

Auch wäre ich dafür, daß eine gewisse Aktivität zu Tage tritt, daß wir solche Beschlüsse veröffentlichen lassen.

Grünberger: Es wird der Anlaß gegeben sein in der Antwort der Reparations-Commission auf die 60.000 Tonnen-Forderung.

Haueis: -.

Mayr: Einverstanden, aber nicht jetzt; erst wenn die Antwortnote kommt.

Reisch: Beschaffung der Zahlungsmittel.

Wir haben einen Brief in Vorbereitung [mit] dem Ersuchen, uns die Kunstgegenstände zur Verpfändung freizugeben, eventuell auch die ausländischen Wertpapiere. Dann haben wir aber noch nicht die Geldgeber. Diese wollen die Sachen verkaufen und dabei den Gewinn machen.

[Wir stehen vor einer] sehr ernsten Situation, die im Laufe der nächsten Woche gelöst werden muß.

Mayr: [Es wäre zu erwägen, ob nicht] von Seite des Staatsamtes für Finanzen der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung vielleicht doch etwas mehr entgegen[ge]kommen werden könnte bezüglich des Ankaufs von Düngemitteln.

Haueis: Wir brauchen den Kunstdünger für den Weizen- und Getreidebau.

Roller: Ich möchte es begrüßen, daß das erste Mal -.

Strebersdorf und Blumau.

Reisch: Die Bauern sind mit der extens[iven] Bewirtschaftung zufrieden, wir aber können nur eine int[ensive] brauchen.

Haueis: Bei einem Getreidepreis von 1.000 Kronen per 100 Kilogramm müßte der Preis des Superphosphat 300 Kronen sein. Der Preis aber, der ihnen zur Verfügung steht, würde 700-800 [Kronen] betragen.

Wenn man die Bauern zur Ablieferung bringen will, so soll man Kunstdünger in ermäßigten Preisen zur Verfügung stellen.

Breisky: Wenn man die ganze Aktion vorher mit den Vertretern der Landwirtschaft bespricht, so wird das einen sicheren Erfolg haben. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen gehört werden.

Grünberger: Bezüglich der Kredite hat sich eine Sektion des Staatsamtes für Finanzen immer wieder auf den Standpunkt gestellt, daß die Abgabe dieser Waren immer nur zum jeweiligen Kurs erfolgen kann.

Roller: Die Extensivierung nimmt furcht[bar] zu, das läßt sich wohl nicht gleich beseitigen. Aber die Fleischproduktion könnte erhöht werden und zwar schnell. Diese Ausgaben gehen nicht ins Uferlose.

Haueis: Wenn Minimalpreise eingeführt würden, dann möchte es weiter gehen.

Reisch: -.

Heinl: Bei der Produktionsförderung habe ich die Sicherheit, daß ich wieder etwas hereinbekomme. Das ist bei der Produktionspolitik der Fall, nicht aber bei der Konsumentenpolitik. Die Frage müssen wir eingehend besprechen.

Mayr: Wir können heute die Diskussion schließen mit dem Ersuchen, daß das Staatsamt für Finanzen diesen Fragen eine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Der Frage der Düngemittelfrage und der Frage des - [der] Einfuhr von Stieren aus der Schweiz.

Miklas: Bittet Reisch, einmal eine ziffernmäßige Gegenüberstellung zu machen: Welche Summen würden [in] eine produktionsfördernde Finanzpolitik investiert - [würde das] ausmachen im Gegenhalt gegenüber der neuen Anforderungen auf der Konsumentenseite?

Wenigstens in weiterer Sicht würde es sich rentieren, [aber] überstürzen kann man das auch nicht.

Mayr: Wir bitten den Herrn Finanzminister, diesen Bedenken [s]eine Aufmerksamkeit zu schenken.

Mayr: Autoverwendung bei den Staatsämtern. In einer der nächsten Sitzungen Antrag von Pesta.

Reisch: Über das Ergebnis der schon von mir eingeleiteten Erhebungen werde ich berichten.

Mayr: Frage der Beteiligung der staatlichen Vertreter an den Aktiengesellschaften.

Heinl: Die Frage ist außerordentlich aktuell: Wäsche- und Kleider AG. [Es wäre zu klären], an welchen Unternehmungen sich der Staat beteiligen kann oder nicht. Gerade die Referenten der bezüglichen Agenden im Staats[amt] für Handel und Finanzen wurden delegiert als Verwaltungsräte.

Wir müssen eine Richtlinie hinausgeben, wonach bestimmt wird, an welchen Unternehmungen sich der Staat beteiligen kann. Meiner Meinung nach nur dort, wo es sich um ein Monopol handelt.

Ich werde über diese Frage auch in den nächsten Wochen einen Antrag einbringen. Im Zusammenhang damit [steht] auch die Sozialisierungskommission.

Reisch: Wenn der Staat sich mit sehr großen Kapitalbeträgen bei [einer] Aktiengesellschaft beteiligt, dann ist es selbstverständlich, daß der Staat diese Beträge - auf die Verwaltung Einfluß nehmen muß.

Ich habe jede Beteiligung bekämpft. Aber wenn der Staat sich beteiligt, muß er Einfluß haben.

Mayr: Es handelt sich um eine Revision der Richtlinien, die seither erlassen sind.

Heinl: Die Frage allgemeiner Natur muß durch das Kabinett gelöst werden.

Grünberger: Es müßte von der Dienstpragmatik Umgang genommen werden.

Miklas: Das Gefährliche dabei ist, daß in einer Person eine Vermischung von staatshoheitlichen Funktionen und privatwirtschaftlichen Interessen erfolgt.

Grünberger: Zu dieser Diskussion soll von jedem Staatsamt eine Liste der Verwaltungsräte

mitgebracht werden.

[Mayr]: Morgen Abend, voraussichtlich Freitag nachmittag die nächste [Sitzung].

7 Uhr.